


Land plant die Einrichtung von Informations- und Vernetzungsstellen zur Pränataldiagnostik

Pressekonferenz 11. März 2010

Nichts ist unmöglich!? – Frauenkunde in Grenzbereichen

Arbeits- und Sozialministerin Dr. Monika Stolz: „Neue Wege in der Beratung von Schwangeren bei Pränataldiagnostik beschreiten“

 25.01.2010 „Neue diagnostische Möglichkeiten in der medizinischen Betreuung von Schwangeren erfordern auch neue Wege in der Beratung und Begleitung Schwangerer“, erklärte Arbeits- und Sozialministerin Dr. Monika Stolz am Montag (25.1.) in Stuttgart anlässlich der Abschlusstagung des Modellprojektes „Beratung bei Pränataldiagnostik – ein Modellprojekt in Baden-Württemberg“. Zwei Jahre wurde an acht Modellstandorten in Baden-Württemberg mit einer wissenschaftlichen Begleitung des Universitätsklinikums Heidelberg erprobt, wie sich die Beratung von Schwangeren vor und nach pränataldiagnostischen Maßnahmen verbessern lässt.

„Es hat sich gezeigt“, so die Ministerin, „dass wir im Interesse der schwangeren Frauen und zum Schutz der ungeborenen Kinder einen Brückenschlag der Professionen brauchen. Nur wenn die Ärzteschaft und die Schwangerenberatungsstellen eng kooperieren, kann es uns gelingen, sowohl die medizinische als auch die psychosoziale Begleitung der Frauen optimal zu gestalten.“

Angesetzt werden müsse bereits im Vorfeld der Durchführung pränataldiagnostischer Maßnahmen. Untersuchungen haben gezeigt, dass viele Frauen pränataldiagnostische Maßnahmen vornehmen lassen, ohne sich über die möglichen medizinischen und psychosozialen Konsequenzen im Klaren zu sein. Hier müsse dringend Abhilfe geschaffen werden. Die Beratung vor pränataldiagnostischen Maßnahmen sei dabei ebenso wichtig wie die Beratung nach einem auffälligen Befund: „Wenn Frauen und ihre Partner mit einem auffälligen Befund konfrontiert werden, bricht oft eine Welt zusammen. Sie brauchen dann ein enges Netz, das sie auffängt und Hilfestellungen gibt. Hierzu muss die Ärzteschaft Hand in Hand mit den Beratungsstellen arbeiten.“ Dies bedürfe der Koordination und Moderation vor Ort.

„Deshalb beabsichtigen wir, auf der Grundlage der Ergebnisse des baden-württembergischen Modellprojektes – gemeinsam mit den Trägern der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und katholischen Schwangerenberatungsstellen – „Informations- und Vernetzungsstellen zu Pränataldiagnostik“ an ausgewählten bereits bestehenden Beratungsstellen einzurichten“, so Stolz.

In den 124 vom Land geförderten staatlich anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und katholischen Schwangerenberatungsstellen findet bereits jetzt eine hervorragende psychosoziale Beratung von Schwangeren und ihren Partnern statt. Mit dem Aufbau von „Informations- und Vernetzungsstellen zu Pränataldiagnostik“ soll diese wichtige Arbeit noch besser unterstützt und ein optimales Beratungsangebot für Schwangere geschaffen werden.

Mit den Änderungen des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, die zum Jahresbeginn in Kraft getreten sind und unter anderem den Ausbau der ärztlichen Informations-, Beratungs- und Dokumentationspflichten beinhalten, ist, so die Ministerin, ebenfalls ein wichtiger Schritt getan. Jede Schwangere habe das Recht auf optimale und individuelle Unterstützung, um für sich und das ungeborene Kind in jeder Phase der Schwangerschaft eine gute Entscheidung zu treffen. „Es ist unsere Aufgabe, hierfür die Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese Aufgabe nehmen wir gerne an“, erklärte Stolz.

Informationen zu den Modellstandorten des Projektes und der wissenschaftlichen Begleitforschung durch das Universitätsklinikum Heidelberg sind zu finden unter www.pnd-beratung.de

Quelle: Ministerium für Arbeit und Soziales